

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — — —
An jedem Werktag
Zur Felle höherer Qualität, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Art
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsbefreiungen, hat der Bezieser
selbst Anweisung auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nach-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Kellame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Gesamtblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Scheuendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Völkendorf, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Fröbers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 258

Dienstag, den 5. November 1929

81. Jahrgang

Amstlicher Teil.

Mittwoch, den 6. November 1929, vorm. 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Sammelort
der Bieter: Restaurant „zum Bürgergarten“
1 gebrauchte Hanomag-Zugmaschine mit Lastanhängerwagen 5 to
metallbetend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Pulsnitz, am 5. November 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Der Kurs Lardien.

Dem dritten Anwärter auf die französische Minister-
präsidentschaft ist es nach schweren Mühen gelungen, ein
Kabinett zustande zu bringen. Der neue Ministerpräsident
in Paris heißt Lardieu. Seine Ministerliste zeichnet sich
durch besondere Bunttheit und besonderen Umfang aus. Es
geht die kleine Anekdote um, daß der Präsident der fran-
zösischen Republik, Doumergue, als ihm Lardieu das Massen-
aufgebot seiner Minister vorführte, ausgerufen haben soll:
„Genug, genug, der Hof ist ja schon voll!“ Ist dieser Aus-
spruch vielleicht auch nicht wahr, so ist er doch zum mindesten
recht schön erfunden, und er ist sicherlich sehr treffend. Denn
tatsächlich weist das Kabinett Lardieu 16 Minister und
11 Unterstaatssekretäre auf. Zweifellos zahlen-
mäßig ein Rekordkabinett. Aber diese Ministerliste kenn-
zeichnet gleichzeitig das neue französische Kabinett. Es galt,
viele Meinungen unter einen Hut zu bringen, was in po-
litischem Deutsch heißt, möglichst viele Parteien durch Be-
rückichtigung im Ministerium wohlgegnant zu erhalten.
Lardieu hatte von sich aus sicherlich nicht die Neigung, so
viele Posten in seiner Regierung zu vergeben, denn bekannt-
lich trifft ja nirgend so gut das schöne Sprichwort von den
vielen Köpfen, die den Brei verderben, zu, wie in der Politik.
Aber Lardieu wollte sich von vornherein keine Partei zum
ausgesprochenen Feind machen und stopfte, um dem Appetit
unzufriedener und nörgelnder Parteien Rechnung zu tragen,
mit Posten und Postchen möglichst allen den Mund. Schon
in dieser Methode, so verständlich sie vom Lardieuschen
Standpunkt aus ist, liegt die Gefahr für das neue Kabinett.

Es sind eigentlich ungleiche Brüder, die beieinander
sitzten und die sich bei der ersten auftretenden Schwierigkeit
in die Haare geraten müssen. Schwierigkeiten gibt es aber
in Frankreich ebenso wie bei uns. Es kann also gar nicht
lange dauern, bis der Streit in der französischen Regierung
losgeht. Selbstverständlich hat Lardieu in der Hauptfrage
seiner Partei auf die maßgebenden Ministerseile ge-
setzt. Er hat also den Schwerpunkt seines Kabinetts auf die
Linksrepublikaner, deren Führer er ist, verlegt. Diese Partei
hat fünf Minister und zwei Unterstaatssekretäre gestellt.
Dann ist noch die Gruppe um den Arbeitsminister Loucheur
stark im Kabinett vertreten. Drei Minister und drei Un-
terstaatssekretäre haben die Loucheur-Anhänger ins Kabinett
gehandelt. Loucheur und seine Mitarbeiter gehören der Radika-
len Linken an. Die Linke hat somit im Lardieu-Kabinett
das Übergewicht. Aber sie ist machtlos, wenn sie nicht auf
die rechte Opposition Rücksicht nimmt. Die Geneigtheit dieser
Opposition glaubt sich Lardieu dadurch gesichert zu haben,
daß er die Maringruppe mit in sein Kabinett nahm. Aller-
dings ist diese Gruppe gespalten, und nur ihr rechter Flügel
hat einen Minister und zwei Unterstaatssekretäre in die Re-
gierung geholt. Der Hauptvertreter dieser Gruppe ist der
Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, unter dessen Füh-
rung ein großer Teil der Maringruppe gegen den Willen
ihres offiziellen Chefs für das Kabinett Briand gestimmt
hatte. Es bleibt abzuwarten, ob durch diesen Seitenprung
Pernots eine Spaltung der Maringruppe erfolgt.

Aber noch weiter nach rechts mußte Lardieu greifen, um
nicht von vornherein zu scheitern. Innenpolitisch hätte er
vielleicht mit den bisher erwähnten Gruppen arbeiten oder
zum mindesten Kompromisse schließen können, aber außen-
politisch wäre ihm jeder Kurs durch die Rechtsparteien durch-
kreuzt worden. Daher eben der Name Maginot auf der
Ministerliste Lardieus. Maginot hat das Kriegsministerium
bekommen, er ist für Frankreich und für uns ja kein unbe-
schriebenes Blatt mehr. Wenn wir hören, daß seine Be-
rufung zum Kriegsminister auf der französischen Rechten
mit fastem Beifall aufgenommen ist, so können wir daraus
ersehen, wie man ihn dort schätzt. Maginot ist nicht zum
erstenmal Kriegsminister, er hatte vielmehr schon während
der Zeit des ungeliebten Ruhrkrieges den gleichen Posten inne.
Er gilt den Rechten als der zuverlässigste und entschiedenste
Vertreter der französischen Sicherheitslehre. Er hat ja be-
sonnlich in der Frage der Räumung der Rheinlande immer
ein sehr gewichtiges Wort geredet, ob er nun Minister war
oder nicht. Immer klangen seine Erklärungen in die Forde-
rung aus, keine Räumung ohne Sicherheit. Diese Forderung wird er jetzt, da er in dem neuen Kabinett

Immer mehr Konkurse!

Das Gesamtergebnis der Eintragungen zum Volksbegehren — Frühere Einberufung des Reichstages
Vor folgenschweren Ereignissen in Polen

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im
Oktober durch den „Bezirksanzeiger“ 840 neue Konkurse —
ohne die wegen Mangelabgelehnten Anträge auf
Konkursöffnung — und 350 eröffnete Vergleichsverfahren
bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vor-
monat stellen sich auf 657 bzw. 364.

Das Gesamtergebnis der Eintragungen zum Volksbegehren

Berlin, 4. Nov. Nach Mitteilung des Reichswahlleiters stand
am Montagabend folgendes Ergebnis der Eintragungen für das Volks-
begehren fest: Im ganzen sind 4 147 725 Eintragungen erfolgt, das
sind 10,05 % der Gesamtstimmberechtigten. Das Ergebnis aus drei
Gemeinden des Stimmkreises Magdeburg steht noch aus.

Frühere Einberufung des Reichstages?

Berlin, 4. Nov. Wie der Demokratische Zeitungsdienst aus
politischen Kreisen erfährt, wird in der Reichsregierung erwogen, den
Reichstag früher als zu dem ursprünglich vorgesehenen Datum, den
26. November, einzuberufen. Die Reichsregierung wolle den Volks-
entscheid sobald wie möglich zum Abschluß bringen und gleich nach der
Einberufung gemäß den Gesetzesbestimmungen das sogenannte „Frei-
heitsgesetz“ dem Reichstag vorlegen und ihre ablehnende Stellungnahme
dabei zum Ausdruck bringen. Die endgültige Entscheidung über den
Zusammentritt des Reichstages werde voraussichtlich in einer Bespre-
chung der Parteiführer vereinbart werden, die in den nächsten Tagen
stattfinden soll.

Vor folgenschweren Ereignissen in Polen?

Warschau, 4. November. Angesichts der noch völlig unklaren
Lage werden in parlamentarischen Kreisen mit ziemlichem Nachdruck
zwei Gerüchte verbreitet. Das eine besagt, daß das Schicksal des
Kabinetts Switalski bereits entschieden sei, und zwar in dem Sinne,
daß für den entscheidenden Kampf mit der Opposition ein noch härterer
Wann (das heißt wohl Marschall Dajnycki) an die Spitze der Regierung
treten solle. Spätestens am Dienstag werde über die Veränderungen
innerhalb des Kabinetts, die von langer Hand vorbereitet seien und
nichts mit dem angekündigten Mißtrauensvotum der Opposition zu tun
hätten, völlige Klarheit herrschen. Das zweite Gerücht will wissen,
daß das Parlament um einen Monat vertagt werden solle. Ob in
diesem von Mund zu Mund verbreiteten Nachrichten, ein Ausgange-
punkt nicht zu ermitteln ist, ein wahrer Kern steckt, kann nur die Zeit
lehren. Da sie aus einer außerordentlich erregten Atmosphäre stammen,
sind die Gerüchte natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmen. Am
Montag vormittag ist dem Sejm-Marschall Dajnycki ein Brief des
Staatspräsidenten übermittelt worden, der aufnehmend am Sonntag
abend geschrieben wurde. Der Brief stellt eine Antwort auf die Wei-
gerung Dajnyckis dar, an einer Sitzung mit Marschall Bilubski teil-
zunehmen. Der Staatspräsident stellt darin fest, daß er die Haltung
des Sejm-Marschalls als Ablehnung auffasse, die Vorfälle vom 31. Okto-
ber in der von ihm vorgeschlagenen Weise durch eine gemeinsame
Besprechung zu klären. Der Abtutent des Staatspräsidenten hat das
Sejmgebäude verlassen, ohne auf diesen Brief eine Antwort zu erhalten.
Gegen 12 Uhr mittags begann die angekündigte Sitzung des Mißtrauens-
rates, zu der der Vorsitzende des Regierungsblochs vom Sejm-Marschall
keine Einladung erhalten hat. Die Uebergabe Oberst Slawets steht
im Zusammenhang mit dem vom Regierungsbloß geplanten Mißtrauens-
votum gegen Dajnycki. Dieser teilte den Fraktionsführern mit, daß er
die nächste Sejmung auf Dienstag 12 Uhr mittags angesetzt habe.
Weiter gab er bekannt, daß verschiedene Sicherheitsmaßnahmen getroffen
werden sollten, um neue Zwischenfälle zu vermeiden. Ohne besonderen
Ausweis werde niemand das Parlamentsgebäude betreten dürfen. Die
zum Mittwoch einberufene Eröffnungssitzung des Senats ist auf den
12. November vertagt worden.

Der umstrittene Polenvertrag.

Warschau. Eine polnische Agentur meldet, daß in dem
deutsch-polnischen Vertrag Polen auf das Wiederkaufsrecht
der deutschen Rentengüter verzichtet habe, jedoch mit Aus-
nahme derjenigen Güter, wo schlechte Bewirtschaftung des
Bodens usw. vorliege. Diese Bestimmung des Polen-
Vertrages wäre sehr bedenklich; denn der Beariff der

schlechten Bewirtschaftung ist sehr dehnbar und kann von
Polen im deutschfeindlichen Sinne ausgenutzt werden.

Die „Nationaldemokratische Partei“ Polens hat im
übrigen beschlossen, das deutsch-polnische Liquidations-
abkommen abzulehnen, und sich einer Politik des Verzichts
auf die Rechte, die Polen durch den Versailler Vertrag ge-
währleistet sind, zu widersetzen. Aus der Stellungnahme der
polnischen Presse geht weiter hervor, daß das Wiederkaufs-
recht gar nicht in Form eines Vertrages, sondern nur in
der Form einer Information an die deutsche
Regierung, in der die polnische Regierung die diesbezügliche
Entscheidung mitteilt, erledigt wird.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier
nahmen auf einer Tagung in Beuthen eine Entschlieung
an, die Zentralkommission solle dahin wirken, daß deutsch-polnische
Vereinbarungen wirtschaftlicher und politischer Natur, die
den deutschen Interessen zuwiderlaufen, abgelehnt werden und daß bei etwaigen Inkrafttreten des
Young-Plans aus den Ersparnissen des Reiches vorweg
Mittel sichergestellt werden, aus denen die Ansprüche
der noch nicht oder noch nicht genügend ent-
schädigten Flüchtlinge befriedigt werden können.

Wiederaufnahme der Wirtschafts- verhandlungen in Warschau

Die Berliner Blätter aus Warschau melden, sind die
Verhandlungen über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen
am Montag in Warschau wieder aufgenommen worden, nach-
dem in den letzten Wochen Vorbesprechungen über Art und
Umfang des Abkommens insbesondere unter Berücksichtigung
schon früher erfolgter Uebereinstimmung stattgefunden hatten.

Der Mittelstand im Abwehrkampf.

Berlin. Die Wahlkreise Berlin, Potsdam I und
Potsdam II der Reichspartei des deutschen Mittelstandes
Wirtschaftspartei veranstalteten in Berlin eine
Kundgebung unter dem Motto: „Der Mittelstand im Ab-
wehrkampf gegen die Proletarisierung“.

Die Haupttagung eröffnete Reichstagsabgeordneter
Mollath. Er betonte sehr scharf, daß jetzt im Mittelpunkt
der politischen Auseinandersetzungen die Frage stehe:
Privateigentum oder Sozialisierung? Alles
damit augenblicklich getan, um den Mittelstand zu vernichten.
Damit würden aber auch die Grundfesten des Staates er-
schüttert. Wie schlecht es dem Gewerbe gehe, zeige die Tat-
sache, daß

fast 63 Prozent der sich selbst einschätzenden Gewerbe-
treibenden ein Jahreseinkommen von nur 1500—1650 M.

hätten, also weniger als ein gelernter Arbeiter.
In der Frage „Privateigentum oder Sozialisierung“ gebe es
kein Kompromiß, sondern nur eine klare Entscheidung. Und
um diese Entscheidung handele es sich bei den bevorstehenden
Gemeindewahlen.

Reichstagsabgeordneter Collosser betonte, daß die
S.P.D. konsequent ihre auf Vernichtung der freien Wirt-
schaft und des selbständigen Mittelstandes gerichteten Ziele
verfolge. Daraus ergäbe sich für den Mittelstand die Pflicht,
sich mehr als bisher um die öffentlichen Angelegenheiten zu
kummern, sich seiner Rechte bewußt zu werden und sich durch
Ausnutzung dieser Macht den notwendigen Einfluß auf Ge-
sehung und Verwaltung in Staat und Kommune zu
sichern. — Stadtverordneter Kinischer beleuchtete an Hand
von Beispielen die Mißwirtschaft der jetzigen Berliner Stadt-
verordnetenmehrheit. Wohin die uferlose wirtschaftliche Be-
tätigung der öffentlichen Hand führen müsse, habe nament-
lich der Skarek-Standal bewiesen.

